Es entsteht eine längere Diskussion.

RM Holger Maurer stellt fest, dass ggf. kostengünstigere Lösungen möglich wären, um baulich die Anforderungen der aufschiebenden Bedingung, wie seitens des Straßenverkehrsamtes in seiner Anordnung vom 30.09.2019 formuliert, zu erfüllen. BM Meisenberg antwortet, dass dies einen weitergehenden Auftrag für die Verwaltung darstellen würde, eine von der vorliegenden abweichende Variante zu erarbeiten. Herr Maurer schlägt daraufhin vor, den Antrag bis zu einer möglichen Umsetzung ruhen zu lassen. Daraufhin teilt Herr Garn mit, dass sich am Status Quo dann jedoch nichts ändern würde und es zu hinterfragen wäre, ob man die dann unvollzogene Anordnung im Raum stehen lassen möchte.

RM Carsten Jaeger äußert Verständnis für die Anwohner, empfiehlt aber dem Beschlussvorschlag zu folgen und den Antrag zurückzustellen, da zzt. die finanziellen Mittel für die Umsetzung fehlen. Ein neuer Beschluss könne jederzeit gefasst werden. Es gibt weitere Wortmeldungen. SB Helmut Gebcke meint, dass auch mit einfacheren Mitteln, z. B. einem 20 km/h-Schild eine Verkehrsberuhigung erreicht werden könne. Als Beispiel führt er die Stadt Meinerzhagen an, wo dies möglich sei. RM Kirsten Zander-Wörner kann sich vorstellen, den Antrag dann neu zu stellen, wenn sich die Vorgaben ändern.

BM Stefan Meisenberg schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehen zu ändern, dass den Antrag bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, bis die Voraussetzungen erfüllt werden können. Dem Vorschlag wird entsprochen und wie untenstehend abgestimmt.

RM Holger Maurer fügt noch an, dass evtl. andere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung möglich wären. Dies solle man bei einer erneuten Beschlusslage bedenken.
erneuten Beschlusslage bedenken.